

„Einzigste legitime Vertretung ist der Marburger Bund“

Tarifgemeinschaft der Länder will die Klinikärzte unter den mit ver.di abgeschlossenen Vertrag zwingen, obwohl die Dienstleistungsgewerkschaft eine arztfreie Zone ist

Der Tarifkonflikt zwischen dem Marburger Bund (MB) und der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ist nach der Einigung für den öffentlichen Dienst eskaliert. Denn der TdL-Verhandlungsführer, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring, verlangte nach der Einigung mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Übernahme des neuen Tarifvertrages TV-L auch für die Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern.

„Sollte es Herr Möllring wagen, den streikenden Ärzten diesen Tarifvertrag überzustülpen, wird er in den Unikliniken eine Streikexplosion erleben“, so die Reaktion des

MB-Vorsitzenden Dr. Frank Ulrich Montgomery. Der Marburger Bund sieht sich als „einzigste legitime Vertretung der Klinikärzte“ und bestreitet jedes Verhandlungsmandat von ver.di für Klinikärzte. Vom 29. Mai an will der MB seinen Arbeitskampf an Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern deshalb fortsetzen. Während einer weitgehenden „Streikruhe“ in der Woche davor wurden verschobene Operationen nachgeholt.

Organisationsgrad im Promillebereich

Ver.di habe bei Ärzten „einen Organisationsgrad im Promillebereich“, sagte Montgomery bei der

Hauptversammlung des MB am 20. Mai in Magdeburg. Während die Dienstleistungsgewerkschaft bundesweit nur etwa 600 Ärzte organisiert, sind 105.000 der insgesamt 146.000 angestellten und beamteten Ärzte Mitglied beim MB. Aus MB-Sicht ist die Dienstleistungsgewerkschaft eine „arztfreie Zone“.

Die Tatsache, dass die TdL im Oktober 2005 Tarifverhandlungen für einen arzt-spezifischen Tarifvertrag mit dem Marburger Bund aufgenommen habe, unterstreiche den Anspruch des Verbandes, als Tarifverhandlungspartner für die Klinikärzte zu gelten. „Herrn Möllring muss klar sein, dass er mit der drohenden Streikverschärfung den



Seit Wochen streiken und demonstrieren die Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern für einen eigenen, arzt-spezifischen Tarifvertrag. Nach mehreren Verhandlungsrunden will die Tarifgemeinschaft der Länder nun nicht mehr mit dem Marburger Bund abschließen, sondern den Klinikärzten den mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di abgeschlossenen Tarifvertrag aufzwingen. Unser Foto zeigt bei der Demonstration des Marburger Bundes in Düsseldorf in der ersten Reihe den MB-Bundesvorsitzenden Dr. Frank Ulrich Montgomery (2. v. l.), rechts daneben den NRW-Landesvorsitzenden Rudolf Henke und dessen Stellvertreter Professor Dr. Ingo Flenker. Fotos: uma



Die jungen Ärzte lehnen sich auf gegen katastrophale Arbeitszeiten und eine im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittliche Bezahlung. Unser Bild zeigt Sven Christian Dreyer vom Essener Universitätsklinikum, Mitglied der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein.

Ruin der deutschen Hochschulmedizin riskiert“, sagte Montgomery. Er forderte den die TdL auf, unverzüglich wieder Tarifverhandlungen mit dem MB für die 22.000 Universitätsärzte aufzunehmen.

„Beschiss“ zu Lasten der Ärzte

Dagegen behauptet Möllring unter Verweis auf die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, der mit ver.di ausgehandelte Tarifvertrag gelte auch für die Ärztinnen und Ärzte, weil an den Unikliniken insgesamt mehr Mitarbeiter bei ver.di organisiert sind als beim Marburger Bund. Er wolle mit dem Marburger Bund keine gesonderten Verhandlungen mehr führen: „Der ver.di-Tarifvertrag gilt für alle. Ich werde mit dem Marburger Bund jederzeit sprechen – aber ein Tarifvertrag ist nicht mehr zu handeln.“

Montgomery geißelte in Magdeburg den „nivellierenden Ansatz“ des zwischen der TdL, ver.di und dbb Tarifunion abgeschlossenen TV-L als Ausdruck der „Akademikerfeindlichkeit“ und „Leistungs-

feindlichkeit“ von ver.di. Es handle sich um „Beschiss“ zu Lasten der Ärzte. „Wir haben uns nicht umsonst von dieser Riesen-Gewerkschaft getrennt“, sagte der MB-Vorsitzende.

Die Kritikpunkte des MB am TV-L im Einzelnen:

- Ver.di streikt monatelang gegen höhere Arbeitszeiten – Ärzte sollen nun aber 42 Stunden in der Woche arbeiten, und das ohne vollen Lohnausgleich.
- Während alle übrigen Berufsgruppen Einmalzahlungen erhalten, werden Ärzten diese Zahlungen verweigert.
- Der Vertrag sieht mögliche Gehaltskürzungen in Höhe von 10 Prozent durch „Maßnahmen zur Zukunftssicherung“ vor, wenn sich Kliniken in Notlagen befinden.
- Ärzte sollen ein in die Gehälter eingearbeitetes Weihnachtsgeld in Höhe von 30 Prozent erhalten, während für andere Berufsgruppen bis zu 95 Prozent vorgesehen sind.
- Kein Feiertagszuschlag bei Bereitschaftsdiensten, der zwischen MB und TdL in Höhe von 25 Prozent bereits verhandelt war.
- Der Besitzstand nach §71 BAT, der die Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall regelt, wurde für



Mit ihrem Dinosaurier machen Düsseldorfer Medizinstudenten anschaulich: Wenn sich an den Rahmenbedingungen ärztlicher Berufsausübung in Deutschland nichts ändert, will demnächst hierzulande wohl kaum mehr jemand Arzt werden.

Ärzte gestrichen, allen anderen Berufsgruppen bleibt er erhalten.

- Die Ost/West-Ungerechtigkeiten bei den Gehältern werden zementiert und verstärkt.
- Der Vertrag soll nicht zum 1. Juli, sondern erst zum 1. November wirksam werden.

Horst Schumacher/MB



Rund 6.000 Ärztinnen und Ärzte demonstrierten in der NRW-Landeshauptstadt für einen eigenen Tarifvertrag.
Foto: uma